

Die toxische Agenda der Bärbel Bas



Von **Dorothea Siems**
Chefökonomin

Stand: 27.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



Bärbel Bas, SPD-Chefin und Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Quelle: Elisa Schu/dpa

Die Arbeitsministerin zieht nicht nur in ihrer Partei, sondern auch in der Koalition die Macht an sich. Wenn keiner sie aufhält, wird ihre Anti-Wachstumsagenda nicht nur die SPD weiter schrumpfen, sondern auch die Union.

Künstler werden für ihre Kreativität und Fantasie geschätzt, nicht jedoch Finanzminister. Von ihnen erwartet der Bürger Seriosität und keine Märchenerzählungen. Der Bundesetat 2026, den das Parlament in dieser Woche beschließen wird, zeugt indes von einer kreativen Haushaltsführung, die atemberaubend ist. Da werden Darlehen an die defizitären Pflege- und Krankenkassen vergeben, die diese absehbar nie zurückzahlen können. Aufwendungen im Zivilbereich verbucht man als Verteidigungsausgaben, weil sie auf diese Weise nicht unter die Schuldenbremse fallen.

Denn seit der Grundgesetzänderung (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article255706302/Reform-der-Schuldenbremse-Was-im-Entwurf-fuer-die-Grundgesetzaenderung-steht.html>) im Frühjahr gilt für Verteidigung eine „Bereichsausnahme“, die ohne Limit kreditfinanzierte Ausgaben gestattet. Mit solchen Tricks verschafft sich der sozialdemokratische Finanzminister Lars Klingbeil zusätzlichen Spielraum, den vor allem Arbeitsministerin Bärbel Bas für ihr Ressort beansprucht. Die SPD-Chefin hat sich beim Bürgergeld erfolgreich der vom Bundeskanzler verlangten Einsparsumme von fünf Milliarden Euro widersetzt: Die Grundsicherung kostet weiterhin mehr als fünfzig Milliarden Euro. Immer höhere Bundeszuschüsse gehen überdies an die Rentenkasse, die mit fast 130 Milliarden Euro schon ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen des Bundes verschlingt.

Fantasievoll nutzt Vizekanzler Klingbeil zudem das 500 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen Infrastruktur. Diesen neuen Schuldentopf hatten Union und SPD mithilfe der Grünen noch mit dem alten Bundestag beschlossen. Begründet wurde die umstrittene Lockerung der Haushaltsregeln mit der Notwendigkeit, den jahrzehntelangen Investitionsstau aufzulösen. Doch statt die Kredite für zusätzliche Ausgaben für Schienen, Brücken und weitere dringliche Infrastrukturverbesserungen aufzuwenden, organisierte Klingbeil einen Verschiebebahnhof. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft wird in dieser Legislaturperiode jeder zweite Euro zweckentfremdet.

Denn der SPD-Chef schiebt im großen Stil ohnehin geplante Projekte aus dem Kernhaushalt in das neue Sondervermögen Infrastruktur. Mit diesem Manöver verschafft sich Klingbeil die Möglichkeit, die konsumtiven Ausgaben nicht nur 2026, sondern in der gesamten Legislaturperiode weiter in die Höhe zu schrauben. Nur auf Pump lassen sich das Rentenpaket und weitere Wahlversprechen wie der Agrardiesel, eine neue E-Auto-Subvention oder die abgesenkte Mehrwertsteuer für das Gastrogewerbe finanzieren. Zumal auch die Zinsausgaben infolge der gigantischen Kreditaufnahme in die Höhe schießen.

Der Haushalt bildet in Zahlen gegossen die Regierungspolitik ab. Bundeskanzler Friedrich Merz und Lars Klingbeil mögen von einer Wirtschaftswende reden. Doch nicht Zukunftsinvestitionen, sondern der Gegenwartskonsum hat weiterhin Priorität. Deshalb reichen die Mega-Schulden nur für ein Mini-Wachstum (<https://www.welt.de/wirtschaft/article69148c4a0407e2fef73ca52c/sachverstaendigenrat-wirtschaftsweise-erwarten-2026-nur-0-9-prozent-wachstum-scharfe-kritik-an-sondervermoege.html>) in den kommenden beiden Jahren. Und es ist allein der Staatssektor, der expandiert, während die Industrie ihren Investitionsstreik fortsetzt und Arbeitsplätze abbaut. Denn die schwarz-rote Koalition setzt nicht an den Ursachen der Standortchwäche an. Die verheerenden Folgen der deutschen Energiewende sind mit dem geplanten Industriestrom und noch mehr Subventionen nicht zu heilen. Und die Sozialpolitik, die Betrieben und leistungsbereiten Erwerbstätigen immer größere Lasten aufbürdet, zehrt Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls weiter aus.

CDU-Chef Friedrich Merz leidet sichtbar unter der Underperformance der deutschen Volkswirtschaft. Auch Lars Klingbeil hatte noch im Herbst laut von einer Neuauflage der „Agenda 2010“ geträumt. Doch inzwischen zeigt sich, wie SPD-Chefin Bärbel Bas die Macht nicht nur in ihrer Partei, sondern auch in der Koalition an sich zieht. Hinter der Ministerin stehen die linken Parteikader, die Umverteilung predigen und Wirtschaftswachstum für zweitrangig halten – oder gar als Klimarisiko bekämpfen. Wenn keiner Bas aufhält, dann wird ihre Anti-Wachstumsagenda nicht nur die SPD weiter schrumpfen, sondern auch die Union – und das Land ruinieren.